

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	02/2024
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	27.02.2024
Zeit:	19:00 Uhr –21.45 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser und Schlüchtermann Stadträte Katzenstein, Konrad und Schmitz <u>FW</u> Stadträtinnen Erles und Streib Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert <u>CDU</u> Stadträtin Oppelt und Weichert Stadträte Bernauer, Meyer, Schendzielorz (ab 19.16 Uhr) und Wagner <u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf <u>Linke</u> Stadtrat La Licata <u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch <u>Ortsvorsteher Dilsberg</u> Andreas Erles
weiter anwesend:	Petra Polte (FB 1) Daniel Möhre (FB 3) Malon Weiher (FB 1) bis einschließlich TOP 3
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Weber und Dr. Welter
Urkundspersonen:	Stadträte Konrad und Meyer
Sachvortrag:	-----
Schriftführerin:	Frau Gruneberg

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19:00 Uhr, begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Besucher und leitet zur Bürgerfragestunde über.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann zwei Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils drei Minuten Redezeit.

Ein Dilsberger Bürger, berichtet von der Seniorenfeier in Mückenloch. Die Kirchberghalle habe sich von ihrer besten Seite gezeigt, es sei eine tolle Feier gewesen. Zu Weihnachten habe der Gewerbeverein die Tüte „Neckargemünd leuchtet“ herausgebracht, die man allerdings leider nur mit künstlichem Licht erleuchten könne. Auf dem Dilsberg sei alles viel schöner, die Abendsonne, die Natur...

Der Bürgermeister bittet um die Frage.

Der Bürger schlägt vor, dass der Musikverein Trachtenkapelle Mückenloch in Neckargemünd auftreten solle. Außerdem stellt er fest, dass der Bau des Kindergartens am Kalkbrunnen auch anders hätte laufen können. Er fragt, ob es noch möglich wäre, eine bessere Lösung für den Außenbereich zu finden, eine grüne Hecke zum Beispiel. Warum die Sandkästen im Herbst befüllt worden seien, erschließe sich ihm auch nicht. Nun seien sie verseucht.

Der Bürgermeister sagt, dass die KVJS die Betriebserlaubnis erteilt habe und dass in diesem Zuge alles geprüft wurde. Dort sei ja auch die Tagespflege untergebracht. Bei der Planung seien Fachleute am Werk gewesen, die sich viele Gedanken gemacht hätten, u.a. die Johannisdiakonie, der Bebauungsplan sei einzuhalten gewesen, alles habe seine Gründe, warum so gebaut worden sei.

Der Bürger meint, wenn man ein bisschen sensibel für Kinder sei...

Der Bürgermeister unterbricht den Bürger und fragt, ob somit im Umkehrschluss alle hier unsensibel seien. Dem widerspreche er.

Der Bürger sagt, dass er das so nicht gemeint habe. Er spricht den Weg nach Rainbach an, vorbei am Hundehotel käme der „Ernst-Lorenz-Stein“, ein Kleindenkmal. Was habe es damit auf sich? Niemand könne ihm diese Frage beantworten.

Der Bürgermeister ergänzt, dass es sich um ein privates Kleindenkmal handle, wahrscheinlich 1999 aufgestellt. Der Rhein-Neckar-Kreis kartographiere aktuell gerade Kleindenkmale.

Aus dem Plenum ergeht der Hinweis an den Bürger, bei der Firma Klose nachzufragen.

Ein Neckargemünder Bürger, fragt nach dem Sachstand „Wiesenbacher Straße“ (Instandsetzung der Fahrbahn, Radweg, Verringerung von Parkplätzen, Tempo 30).

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Instandsetzung der Fahrbahn laut letzten Informationen frühestens im Jahr 2025 käme. Den Wegfall von Parkplätzen habe der Gemeinderat beschlossen, Frau Watzelt sei aktuell an der Wegführung für den Radweg bei der Bäckerei, vermutlich könne hier im 2. Quartal begonnen werden. Beim Tempo 30 sei man ebenfalls dran, die Busmehrkosten müssten übernommen

werden. Hierzu gäbe es später in der nicht-öffentlichen Sitzung weitere Informationen für die Gemeinderäte. Er selbst habe sich das alles auch schneller gewünscht.

Der Bürger weist darauf hin, dass die größten Schäden an der Fahrbahn aber schon zeitnah behoben werden sollten.

Der Bürgermeister verweist auf die Straßenmeisterei.

Der Bürger merkt an, dass nur auf einer Straßenseite markiert worden sei. Er bittet darum, dass man der Straßenmeisterei mitteile, dass auch die andere Straßenseite noch begutachtet werden solle.

Der Bürgermeister sagt dies zu.

Ein weiterer Neckargemünder Bürger, fragt nach den Graffiti-Sprayereien am Stadttor, die von einem anderen Bürger in Eigeninitiative bereits teilweise übermalt worden waren. Wann sei die Stadt in der Lage, diese vollends zu beseitigen?

Der Bürgermeister informiert, dass die nötige denkmalschutzrechtliche Genehmigung (nicht jede Farbe könne genommen werden, sie müsse den denkmalrechtlichen Vorgaben entsprechen) zur Beseitigung erst seit Dezember im Haus sei. Nun erst könne man den Malerauftrag erteilen und dann werde dort neu gestrichen.

Eine Bürgerin erläutert zunächst die Wichtigkeit des ÖPNV und speziell der Busse für die Ortsteile. Gleichwohl explodierten bei den Busunternehmen aktuell die Kosten, u.a. z.B. alleine 250.000 € Mehrkosten für Personal, aber keiner, weder VRN noch RNV oder der Rhein-Neckar-Kreis, fühlten sich hier angesprochen. Man lasse die Busunternehmen mit der Problematik der enormen Kostensteigerung einfach alleine. Sie habe gehört, dass es eine Videokonferenz zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und den Kommunen gegeben habe und der VRN habe ihr mitgeteilt, dass die Angelegenheit „geprüft werde“. In den Umkreis Kommunen werde zur Problematik der Kostensteigerungen bereits beraten, nicht aber in Neckargemünd. Sie wolle daher heute auf die Problematik hinweisen. Das Busunternehmen habe Linienverträge, aber sie wollten nicht länger Spielball sein und wenn nichts passiere, ständen bei ihnen Linien auf dem Prüfstand. Sie möchte wissen, ob sich Neckargemünd mit dem Thema „Sicherung des Nahverkehrs“ befassen werde, ggf. solle man sich mit anderen Kommunen zusammenschließen und Abschlagszahlungen an die Busunternehmen leisten, die die Kosten hätten und die Gelder bräuchten.

Der Bürgermeister bedankt sich bei der Bürgerin für die umfangreichen Erläuterungen, er stimme ihr in der Sache zu. Er selbst habe sich erst kürzlich im Zusammenhang mit dem Linienbündel beim Rhein-Neckar-Kreis beschwert, dass die Kosten für die Linie 35 nicht transparent seien. Der Rhein-Neckar-Kreis müsse nachvollziehbar darlegen, was an Beträgen auf die Stadt zukomme, man brauche belastbare Zahlen. Ohne Rechnung könne man nicht einfach an den Kreis zahlen, zumal man noch nicht einmal wisse, ob das Geld dann bei den Busunternehmen ankäme. Qualität habe ihren Preis und das Busunternehmen fahre sehr gut. Das Linienbündel laufe 2026 aus und bis dahin seien den Kommunen die Hände gebunden. Man könne auch nicht in Vorleistung treten, der Kreis müsse der Stadt eine Rechnung oder Abschlagsrechnung präsentieren. Ohne Rechnung vorab zu zahlen, wäre Veruntreuung der städtischen Gelder.

Die Bürgerin sagt, dass das Busunternehmen zu den aktuellen Konditionen nicht bis 2026 fahren werde.

Der Bürgermeister sagt, dass er verstehe, dass gute Qualität koste.

Die Bürgerin informiert, dass sie WBO-Tarif zahlen.

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Stadt aber nicht schuld an der Problematik sei.

Die Bürgerin meint, dass man aber irgendwo anfangen müsse.

Der Bürgermeister verspricht, den Sachverhalt nochmal im Rhein-Neckar-Kreis auf die Tagesordnung zu bringen.

Die Bürgerfragestunde endet um 19.32 Uhr.

- 1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 01/2024 vom 30.01.2024**
 - 1.1: **Sachvortrag:**
Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.
 - 1.2: **Beratung:**
Es gab keine Wortmeldungen.
 - 1.3: **Beschluss:**
Das Protokoll wird von den beiden Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

- 2: **Vergabe der Mittagsverpflegung an der Kita Wiesenbacher Tal, Ergebnis 2. Ausschreibung**
 - 2.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage „Mittagsverpflegung Kita Wiesenbacher Tal – Zuschlagserteilung“ des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
 - 2.2: **Beratung:**
Stadtrat Bernauer stellt vor Beginn der Beratung den Geschäftsordnungsantrag, diesen TOP aufgrund der selbsterklärenden und schlüssigen Sachlage ohne Aussprache zu behandeln. Der Antrag wird bei drei Neinstimmen und sieben Enthaltungen mehrheitlich angenommen.
 - 2.3: **Beschluss:**
Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung die Beauftragung der SRH Your Service GmbH, Bonhoefferstr. 1, 69123 Heidelberg.

3: Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2024

3.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 3 – Finanzen sowie die Tischvorlage mit dem aktualisierten Beschlussvorschlag sind dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister erläutert die beiden Änderungen, die sich seit dem Versand der Sitzungsunterlagen ergeben hatten. Zum einen habe man nach dem Schadensfall an der Straße „Am Mühlwald“ (drohender Hangabbruch) in der vergangenen Woche eine Planungsrate von 350.000€ in den Haushalt eingestellt, zum anderen wurde der Betrag für die Schulsozialarbeit nach einem Gespräch zwischen den Schulleitungen der Grundschule Neckargemünd sowie der Realschule, Vertretern aus dem Gemeinderat und ihm um 103.000€ erhöht. Hiermit wolle man die Schulsozialarbeit weiter ausbauen.

3.2: Beratung:

Stadtrat Katzenstein sagt für die Grünen:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Möhrle, sehr geehrte Mitarbeiter:innen der Verwaltung, geschätzte Kolleg:innen, meine Damen und Herren!

Vielleicht überschreite ich das kurze Zeitlimit um wenige Minuten — aber es werden keine 10 und seid froh, dass nicht mein Kollege die Rede hält...

***Herzlichen Dank** für Ihre Vorarbeiten zum diesjährigen Haushalt, die konstruktive Klausursitzung und die **gute Zusammenarbeit!** Es ist kein Haushaltsplan wie jedes Jahr! Denn wenn er 1:1 umgesetzt würde, würden unsere Bankschulden — ich sage bewusst Bank-Schulden — von knapp 4 auf knapp 7,7 Mio. EUR steigen. **Hinzu** kommen die Schulden bei den **kommenden Generationen** wegen der zum Teil **schlechten Bausubstanz** und dem **Nachholbedarf** beim **Klimaschutz** und der **Klimafolgebvorsorge**.*

*Ja, Neckargemünd stand schon weit tiefer in den roten Zahlen und andere Kommunen in unserer Nachbarschaft, wie z.B. Leimen, sind um ein Mehrfaches höher verschuldet. Aber das ist natürlich kein Freifahrtschein für sorgloses Haushalten. Machen wir ja auch nicht. Und am Ende wird es dann doch nicht ganz so arg kommen, denn die **Realisierungsquote** ist stets deutlich niedriger.*

*Aber wir Grüne melden dennoch **Vorbehalte** für das eine oder andere **Großprojekt** an! Dazu komme ich etwas später.*

*Dass manche Projekte seit Jahren immer wieder im Haushalt stehen — wie z.B. das **Ratsinformationssystem** — ist aber auch sehr ärgerlich, manche **Beschlüsse** des **Gemeinderats** werden einfach nicht umgesetzt. Wir müssen **mehr ins Handeln** kommen, sonst machen wir uns bei den Bürger:innen unglaubwürdig. Das gilt übrigens auch für viele andere sinnvolle Dinge, wo wir **Pläne** machen und bei den **Menschen Erwartungen** wecken — diese dann in der Realität aber nicht einlösen:*

*Wie zum **Beispiel die Radspuren in der Bahnhofstraße und im Wiesenbacher Tal oder die kommunale PV-Anlagen** — es gäbe noch einige Beispiele mehr!*

*Wir sehen mit **Bedauern**, dass unsere **Haushaltsanträge** zur **Bildung** eines **Sozialbeirats** und einer **Stadtentwicklungskommission keine Mehrheit** gefunden haben. Denn wir Grüne sind der Meinung, dass unserer Stadt **mehr Dialog mit den Bürger:innen** gut anstünde.*

Mit 7 Mio. EUR haben wir immerhin ein **Rekordhoch bei den Investitionen im Plan stehen — in diesem Jahr**. Und wir haben noch einige **große „Baustellen“** vor uns — wie Sanierung der **Grundschule**, der **Schützenhausbrücke**, der Beschaffung der neuen **Drehleiter** für die Feuerwehr oder — neu — die Sanierung der Straße **„am Mühlwald“** in der Rainbach.

Und hier sprechen wir noch überhaupt nicht über die **Millionensummen**, die im kommenden Jahrzehnt für dem **Klimaschutz** und der **Klimafolgevorsorge** wie etwa für die **Wärmewende** oder den **Starkregenschutz** investiert werden müssen.

Da werden wir **kreative Lösungen** finden müssen, um dieses Geld aufzubringen. Wie z.B. die **Bürger:innen** ganz konkret mit ins Boot holen, wie die **Stadtwerke Heidelberg** es jetzt schon angehen. Die wollen über einen **Klimaschutzfonds privates Kapital** für die großen anstehenden Investitionen mobilisieren. Eine gute Idee auch für Neckargemünd?

Leider steigen die **Einnahmen nicht ausreichend** — und die geplanten **Ausgaben** liegen im Millionenbereich über dem Vorjahr. Nun, z.B. die Steigerung bei den Personalausgaben ist zum größten Teil durch den **Tarifabschluss** im Öffentlichen Dienst mit einem Plus von 12 % entstanden. Das haben wir nicht in der Hand. Und der überwiegende Teil des **Personalzuwachses** in den vergangenen Jahren ist auf die neuen Anforderungen in der **Kinderbetreuung** zurückzuführen — war also ebenfalls erforderlich. Wir befürworten auch explizit die **neue Stelle im „Freiräume“-Projekt**, weil ohne diese das Projekt nicht in Gang kommen kann. Das ist eine **sinnvolle Investition** in unsere Zukunft, in das örtliche Dienstleistungsgewerbe.

Vieles wird durch **staatliche Zuschüsse** gefördert und wären ohne diese Zuschüsse wohl kaum eingerichtet worden. Allerdings bringen **Förderprogramme** - namentlich die des Bundes - immer auch ein Bündel an Auflagen und viel **Bürokratie** mit sich — und müssen zu Recht **kofinanziert** werden. Deshalb muss man sich immer auch die Frage stellen: Was würden wir denn machen, wenn wir das **Fördergeld nicht** bekämen? Ein Projekt muss für uns hier in Neckargemünd auch ohne Zuschuss sinnvoll sein und nicht nur „nice to have“. Und da sind wir angesichts der zuvor nicht bekannten im HH vorgesehenen deutlich gestiegenen Verschuldung das wird Sie jetzt überraschen! — inzwischen auch zurückhaltender **beim Radhaus am Rathaus**. Das müssen wir uns — wenn es nicht noch einen großen Sponsor gibt! — schon **noch gut überlegen**. Der **Bedarf** nach **genügenden sicheren**, also abschließbaren **Abstellanlagen** ist zweifelslos da — denken Sie an die Kosten für ein Pedelec. Und zwar für Dauermieter:innen und Gelegenheitsnutzer:innen. Aber wir sind in der Tat nicht Heilbronn, Offenburg oder gar Heidelberg. Wir wissen seit heute, dass der **Förderbescheid da ist**, was sehr erfreulich ist, da hat Herr Horvarth hervorragende Arbeit geleistet. Für die kommende Beratung wünschen wir uns als **Entscheidungshilfe** eine **Bedarfsanalyse**, also eine **belastbare Abschätzung**, wie gut das Radhaus in den nächsten Jahren und Jahrzehnten genutzt werden würde.

Und es steht, wie schon im vergangenen Jahr, der **Ankauf des Martin-Luther-Hauses mit 810 TEUR** im Haushalt. Wir haben in der **Fraktion** nochmal **sehr intensiv** darüber diskutiert. Es gibt **gute Argumente** für den Kauf: es wäre ein möglicher Ort für ein **Bürgerhaus**, es bietet de facto den letzten verfügbaren **großen Saal**, und für die **Stadtentwicklung** an diesen hervorgehobenen Ort sollten wir die Hand draufhaben. Aber wir haben auch **große Sorgen** wegen des hohen **Kaufbetrages** und der noch **unklaren enormen Folgekosten** und der doch sehr **beschränkten Nutzbarkeit**. So ist

wegen des **kaputten Aufzugs der große Saal** nicht **barrierefrei** erreichbar. Wir müssen das gut beraten und **brauchen vor der finalen Entscheidung eine realistische Abschätzung der weiteren Kosten.**

Unser **Immobilienbesitz** ist durch Jahrzehnte der Untätigkeit **heruntergewirtschaftet**. Die Objekte **belasten** den **Haushalt** und **binden** unsere ohnehin knappen Personalressourcen. Dennoch sind viele dieser Objekte von **historischer Bedeutung** für die Stadt und **prägen das Stadtbild**. Darum lasst uns nochmal intensiv darüber nachdenken, ob nicht die Gründung einer **kommunalen Immobiliengesellschaft** — wie von uns ebenfalls in den **Haushaltsverhandlungen** angeregt wurde — sinnvoll ist! Dieser könnten wir auch die Schaffung von **günstigem Wohnraum** übertragen — wie es andere Städte längst getan haben. Glücklicherweise besteht **im Gemeinderat Einigkeit**, dass **Wohnraum** und insbesondere **Sozialwohnungen** dringend benötigt werden. Ja, auch diese **Idee muss gut abgewogen** werden, wir müssen uns gut und **ergebnisoffen** beraten lassen, von unabhängigen externen Expert:innen.

Zum Thema **Wohnen** möchte ich noch ergänzen: Wir alle wissen, wie groß die Bedarfe sind, gerade bei **jungen Familien**, wie gern sie in unserer schönen Stadt und ihren Ortsteilen wohnen würden. Gleichzeitig sind viele **ältere Mitbürger:innen einsam** in ihrer — für die **Familienphase** konzipierten — Wohnsituation. Wir kennen das alle hier im Saal und hierfür gibt es durchaus Lösungen, die aber in Neckargemünd noch nicht zur Anwendung kommen: kein **Leerstandskataster**, keine **Wohnungstauschbörse**, kein Abruf der **Beratungsmittel des Landes**, keine **Änderung der Bebauungspläne**, um Anbauten und **Aufstockungen** zu erleichtern. Wir brauchen eine aktive und vorausschauende Grundstückspolitik!

Die nachträglich vorgeschlagene **Aufstockung der Schulsozialarbeit** tragen wir natürlich mit, wir hatten diese ja schon zur Haushaltsklausur vorgeschlagen. Und auch die Mittel für die **Reparatur der Straße am Mühlwald** sind **dringend** erforderlich, hier müssen wir **schnell handeln**, um die derzeitige schwierige Situation für die **Anlieger** zu beenden.

Positiv schließen möchten wir mit dem von uns ausdrücklich unterstützten **Antrag** der **Ortsteile Mückenloch, Dilsberg und Waldhilsbach** zur Mittelbereitstellung für **Quartiersentwicklungskonferenzen**. Hier sehen wir große Potentiale, wenn diese Formate nun etabliert und als fester Bestandteil einer Dialogkultur fortgesetzt werden. Denn die **Menschen vor Ort wissen am besten** was ihnen fehlt und Sie haben Ideen, wie ihr **Heimatort von Morgen** aussehen kann. Deshalb: **Geben wir dem Miteinander eine Chance!** Wir Grüne werden dem Haushaltsplan mehrheitlich zustimmen. Vielen Dank.“

Für die Freien Wähler spricht Stadtrat Rehberger:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Volk, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

ich beginne in diesem Jahr mit einem Zitat aus unserer Haushaltsrede aus dem Jahr 2023: „Kann es sein, dass eine Kommune die Abschreibungen, wie ein Wirtschaftsunternehmen verdienen muss?“ Wir sind der Meinung, dass dies der falsche Ansatz ist und dringend einer Korrektur durch den Gesetzgeber bedarf. Kommunen sind nicht auf Gewinnmaximierung ausgelegt, sondern sind der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger verpflichtet.

Schon seit Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechtes sind wir nicht in der Lage unsere Abschreibungen zu verdienen und haben dadurch stets ein großes Defizit in unserem Ergebnishaushalt. Das betrifft viele Städte und Gemeinden, kann aber für uns nicht der Maßstab sein.

In diesem Jahr summiert sich dieses Defizit im Ergebnishaushalt durch die Abschreibungen und geplante Maßnahmen auf insgesamt knapp Euro 5 Mio. Dies bedeutet, dass wir weder die ordentliche Tilgung noch Beträge für unsere geplanten Investitionen erwirtschaften können. Das heißt, dass alle geplanten Maßnahmen entweder durch Darlehen, Entnahmen aus den Rücklagen oder Zuschüssen finanziert werden müssen.

Wir rechnen also in diesem Jahr mit einer Nettokreditaufnahme von Euro 3,5 Mio. auf dann insgesamt etwa Euro 7,5 Mio. und einer Rücklagenentnahme von Euro 3,7 Mio., so dass sich unsere liquiden Mittel auf Euro 6,5 Mio. reduzieren werden. Immer vorausgesetzt, dass alle geplanten Maßnahme auch in diesem Jahr umgesetzt werden. Diese geplante Verschuldung ist für eine Stadt unserer Größenordnung immer noch vertretbar, und wenn man die vorhandenen liquiden Mittel in Anrechnung bringt, sind wir rechnerisch quasi schuldenfrei.

Als Gemeinderat haben wir über den Haushalt wenig Spielraum politische Schwerpunkte zu setzen, da ein Großteil der Haushaltsansätze nicht veränderbar oder von uns zu beeinflussen sind. Wir hängen am Tropf von Zuweisungen aufgrund von Einkommensteueranteilen, Schlüsselzuweisungen, pro Kopfpauschalen und Förderzuschüssen für spezielle Projekte.

Auf der Ausgabenseite überschreiten wir durch hohe aber begründete Tarifabschlüsse bei den Personalkosten die Marke von Euro 12 Mio. Durch die Erhöhung der Kreisumlage müssen wir nun insgesamt Euro 6,4 Mio. an den Rhein-Neckar-Kreis abführen. Immerhin Euro 1 Mio. mehr als im Jahr 2023. Auch die Erhöhung der Energiekosten und die allgemeine Inflation machen sich natürlich in unserem Haushaltsplan bemerkbar. Die Gewerbesteuer hat sich in den letzten Jahren verstetigt und liegt bei ca. Euro 3,2 Mio.

Leider bleiben diese Einnahmen nicht komplett im Stadtsäckel, sondern wir müssen auch hier einen Teil durch die Gewerbesteuerumlage wieder an das Land und den Bund abführen.

Was können wir nun tun meine Damen und Herren, um das hohe strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt zu senken?

Wir haben, auf unseren Antrag hin, eine Haushaltsstrukturkommission ins Leben gerufen. Hier wurde einiges auf den Weg gebracht aber es reicht halt nicht aus, um das Defizit nachhaltig zu senken.

Lassen sie mich dazu etwas fabulieren:

Wir schließen das Freibad, die Musikschule, die Volkshochschule, die Bibliothek, das Museum, veranstalten keine Feste mehr, reduzieren die Vereinsförderung, sprich wir stellen quasi alle freiwilligen Leistungen in unserer Stadt ein. Dann haben wir das Defizit im Griff. Das kann aber ernsthaft niemand hier wollen und wäre politisch unser Todesstoß. Denn dann wäre Neckargemünd keine lebens- und liebenswerte Stadt mehr und unsere Bürgerinnen und Bürger würden uns zu Recht aus der Stadt jagen. Bei allem Sparzwang dürfen wir uns nicht kaputtsparen, sondern müssen mit geeigneten Maßnahmen unsere liebgewonnene Infrastruktur in der Kernstadt und in Stadtteilen nachhaltig aufrechterhalten.

Hierzu sollen laut Plan Euro 7 Mio. investiert werden. Wir wollen in die Sanierung der Villa Menzer im Rahmen des Projektes „Freiräume“ weiter investieren. In diesem Zusammenhang sehen wir auch den Ankauf des Martin-Luther-Hauses als Veranstaltungsgebäude in der Kernstadt. Beide Projekte haben wir von Beginn an unterstützt.

Auch im Bevölkerungsschutz und im Brandschutz sind in diesem Jahr wieder namhafte Beträge vorgesehen. Vor allem hegen wir die Hoffnung, dass es nun endlich mit dem unbedingt notwendigen Neubau des Feuerwehrhauses in Dilsberg vorangeht. Es sind auch für Ersatzbeschaffungen für Feuerwehrfahrzeuge in Dilsberg, Mückenloch und in der Kernstadt Beträge eingestellt.

Des Weiteren wird die unbedingt notwendige Dachsanierung in der Grundschule in Neckargemünd einen mittleren 6-stelligen Betrag verschlingen. Ebenfalls mussten jetzt noch kurzfristig -nämlich heute- Euro 350.000, -- für Planungsleistungen zur Sanierung der Straße Am Mühlwald in der Rainbach eingestellt werden.

In den Klimaschutz sollen in diesem und in den nächsten Jahren weiter investiert werden. Hier ist vor allem im Schwimmbad und im Stadion an die Installation von PV-Anlagen und Photothermie gedacht. Aber ebenso soll in Mückenloch auf der alten Erddeponie eine Großanlage entstehen und auf städtischen Liegenschaften geprüft werden wo PV – Anlagen Sinn machen. Auch die neue Heizung für den Bauhof mit Biomasse gehört hier dazu. Da kann der in Neckargemünd anfallende Grünschnitt zu Heizzwecken verwendet werden. Diese Anlage ist flexibel und kann auch an einem anderen Standort eingesetzt werden. Wir sehen den Bauhof aber für die nächsten 5 bis 10 Jahre an seinem heutigen Standort. Dadurch wollen wir unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir müssen hier als Stadt Vorreiter sein. Wir haben auch die kommunale Wärmeplanung zusammen mit Wiesenbach und Mauer auf den Weg gebracht und auch hier wird ein wichtiger Baustein zum Klimaschutz in unserer Stadt geleistet.

Durch diese Maßnahme können wir unseren Bürgerinnen und Bürger im Laufe des Jahres 2025 bewertbare Ergebnisse liefern wohin die Reise geht.

Ganz wichtig für uns ist, dass in diesem Jahr mit dem Glasfaserausbau in der Kernstadt und in den Stadtteilen begonnen wird und wir somit etwa 98% der Immobilien in unserer Stadt mit schnellem Internet versorgen können. Dies ist ein unschätzbare Standortvorteil.

Für uns Freie Wähler ist es auch unabdingbar, dass wir Gedanken und Planung auf den Weg bringen, um den sozialen Wohnungsbau voranzubringen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Der Haushalt in diesem Jahr ist mit vielen Fragezeichen versehen. Wie geht es mit den weltweiten Krisen weiter? Wie entwickeln sich die Energiekosten, die Darlehenszinsen, die Inflation und die Baupreise? Oder aber bekommen wir bei Ausschreibungen überhaupt Angebote und Firmen, die unsere Vorhaben umsetzen? Eine weitere Frage wird sein: werden die bisher aufgelegten Förderprogramme von Bund und Land aufrechterhalten oder ersatzlos gestrichen? Der positive Förderbescheid für das Radhaus am Rathaus ist gerade eingegangen aber hierzu hat ja der Gemeinderat den Beschluss gefasst, dass auch bei einem positiven Bescheid über das Projekt nochmals beraten wird.

Da dies nach 35 Jahren mein letzter städtischer Haushalt ist an dem ich mitgewirkt habe und ich dem nächsten Gemeinderat nicht mehr angehören werde, muss sich

dann der neue Gemeinderat mit dem Rechenschaftsbericht befassen und das aktuelle Haushaltsjahr im Nachgang bewerten.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Haushaltsplan 2024 in der vorgelegten Form zu und bedankt sich bei Herrn Bürgermeister Frank Volk, dem Kämmerer, Herrn Daniel Möhrle, sowie allen, die bei der Aufstellung des Planes mitgewirkt haben.

Es folgt die Rede der CDU, vorgetragen von Stadtrat Bernauer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Volk, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

Was es in diesem Jahr zu beschließen gilt, ist ein zukunftsfähiger Haushalt. Wir haben jetzt die Chance, die Richtung anzupassen, in welche sich unsere Stadt bewegt. Das veranschlagte Gesamtergebnis im Ergebnishaushalt liegt bei einem Defizit von 4,6 Mio. €. Auch im Gesamtfinanzhaushalt zieht sich die bedenkliche Tendenz der Vorjahre weiter. Noch zusätzlich belasten uns die Wahlen in diesem Jahr mit über 200.000€. Unserer Meinung nach sollten wir uns darauf fokussieren, den Blick Richtung Zukunft zu lenken – und heute dafür vorzusorgen.

Die Personalaufwendungen steigen von letztjährig 10,9 Mio. € auf nun 12,2 Mio. €. Dennoch sprechen wir immer munter weiter darüber, neue Stellen zu schaffen, anstatt an eine effizientere Struktur zu denken.

Bereits heute wissen wir, dass uns in den nächsten Jahren enorme finanzielle Belastungen erwarten werden. Noch unbekannte Baukosten für die Sanierung des Hebewerkes I und der Schützenhausbrücke werden kommen – und das schneller, als uns lieb sein kann. Vor diesem Hintergrund sollte es selbstverständlich sein, einen vernünftigen und vorausschauenden Haushalt aufzustellen, der auf nicht unbedingt notwendige Prestigeprojekte verzichtet. Und doch gehen auch in diesem Jahr wieder viele eingestellte Beträge schlicht an der Realität vorbei.

Der Unterhalt von Gemeindestraßen, Brücken, Treppen, Stützmauern, etc. hätte mit 418.000€ erledigt sein sollen. Wie fernab des tatsächlichen Instandhaltungsbedarfes unserer Infrastruktur dies ist, dürfte jedem klar sein. Den Beweis dafür haben wir nun in der Rainbach bereits vor Verabschiedung des Haushalts geliefert bekommen. Allein für die Planungsmaßnahmen zur Instandsetzung der Straße „Am Mühlwald“ mussten nachträglich 350.000€ eingerechnet werden.

Ähnliche Herausforderungen wie bei unserer Infrastruktur weist unser Immobilienbestand auf. Für das Gebäudemanagement waren 100.000€ unter der Bezeichnung „Unvorhergesehenes“ eingeplant. Wie plötzlich dieser Finanzmittelbedarf in die Höhe schnellen kann zeigt sich, wenn tatsächlich unvorhergesehene Maßnahmen auftreten. Das Dach der Grundschule mit 420.000€ und das der Banngartenhalle mit 150.000€ zeigen in erschreckendem Ausmaß, wie sträflich unsere Liegenschaften in den letzten Jahren und Jahrzehnten wortwörtlich abgewirtschaftet wurden. Diesen Instandhaltungsrückstand werden wir nicht in Kürze wieder aufholen können. Doch es muss uns bewusst sein, dass derartige Probleme nun in regelmäßigen Abständen auftauchen werden. Der wichtigste und erste Schritt wäre aus unserer Sicht, ein Konzept zu erstellen, an welches wir uns bei der Planung unserer Bauausgaben in den nächsten Jahren orientieren können und welches festlegt, welche Ziele wir verfolgen wollen. Ansonsten werden uns in den Folgejahren weitere untragbare Kosten erwarten, wie sie in der Walkmühle anfallen – 60.000€ nur

um die Standsicherheit eines Gebäudes zu gewährleisten wären in einem durchdachten, zukunftsfähigen Plan mit Sicherheit besser zu verwenden gewesen. Und während uns der Zustand unserer Immobilien vor finanzielle Herausforderungen stellt, diskutieren wir tatsächlich über den Kauf eines weiteren Objektes. Am Martin-Luther-Haus wird sich zeigen, welche Lehren aus vorangegangenen Fehlentscheidungen gezogen wurden. Der Zustand des Gebäudes und die akut anstehenden Maßnahmen sind nach wie vor nicht ausreichend bekannt. Zudem treibt uns die Sorge um, dass wir uns auf lange Sicht einmal mehr eine Großbaustelle und damit einhergehend immense Verluste aneignen wollen. Die vorgesehenen 810.000€ zum Erwerb sind daher für uns schlicht nicht tragbar.

Mit dem Radhaus am Rathaus findet sich ein Projekt im Haushalt wieder, das mit gesundem Menschenverstand ebenso wenig zu erklären ist. Ja, wir erhalten eine Förderung, doch ein Eigenanteil von 300.000€ bleibt. Nicht berücksichtigt hierbei: die Folgekosten. Ein Prestigeprojekt, das weiter am tatsächlichen Bedarf vorbei kaum gehen könnte.

An anderer, wirklich dringendst notwendiger, Stelle dagegen werden wir auch in diesem Jahr wieder nicht zur Umsetzung kommen. Beim Feuerwehrhaus Dilsberg wird sich entscheiden, was, in welcher Form und generell wo, gebaut werden kann. Unsere Forderung ist ganz klar: Eine realistische Orientierung am tatsächlichen Bedarf. Aus dem Ortschaftsrat Dilsberg kamen hier schließlich Anregungen, die unserer Meinung nach unbedingt diskutiert werden müssen. Wir müssen anfangen, uns an die wirklichen Belange zu halten, Wünsche hintenanzustellen und uns auf das Wesentliche zu konzentrieren. Denn auch beim Feuerwehrhaus wird wohl gelten: Ein verhältnismäßiger Bau wird letzten Endes wohl kaum teurer, als ein gefördertes Großprojekt.

Wieder andere Themen, insbesondere der soziale Wohnungsbau, liegen bis heute – trotz jahrelanger Diskussion – brach. Insgesamt fehlt es in Neckargemünd ganz schlicht an einem Konzept. Ein Konzept, wo es mit unserer Stadt in den nächsten Jahren hingehen soll. Wir jagen von einem Provisorium zum nächsten, gemacht wird stets nur das Nötigste, denn: Es muss ja erst entschieden werden, was passiert.

Diese Planlosigkeit macht jeden Versuch produktiver und vorausschauender Arbeit unmöglich. Es besteht erst gar nicht die Chance, sich um das große Ganze zu kümmern, stattdessen fließen Unsummen an Geldern in Kleinprojekte und werden so auf nicht mehr hinnehmbare Weise verschwendet.

Die geplante Anschaffung eines eigenen Gerätes zur umweltfreundlichen Unkrautbekämpfung für 70.000€ stellt ein Beispiel dar. Nach der spontanen Zusammenlegung von Bauhof und Gärtnerei herrscht akuter Platzmangel. Wie dieser gelöst werden soll, ist weder entschieden, noch abschließend diskutiert. Somit stellt sich alleine schon die Frage: wohin mit diesem Fahrzeug. Ganz abgesehen davon, dass es auch Personal braucht, um dieses zu nutzen. Ich verweise hier auf das Thema Personalkosten am Anfang meiner Rede. Wie das alles günstiger sein soll, als ein Einkauf dieser Dienstleistung ist für uns schlicht nicht nachvollziehbar.

Für den Bohrermarkt sind in diesem Jahr 80.000€ eingeplant, welche auch wieder ein Festzelt beinhalten. Seit Jahren bieten wir von CDU-Seite Unterstützung an, um ein mögliches kostengünstigeres Konzept, wie es an anderer Stelle umgesetzt wird und welches zudem den örtlichen Vereinen zugutekommen würde, zu etablieren und die entsprechenden Kontakte herzustellen. Zumindest einen Versuch zu Gesprächen

hätten wir uns gewünscht, da es sich um nicht unbeträchtliche Summen handelt. Zu einer wirklichen Berücksichtigung kam es bis heute nicht. Gerade bei solchen Beträgen muss man dann leider sagen: Manchmal scheitert es vielleicht auch einfach am Wollen.

Ebenso im Sande verlaufen ist unser letztjähriger Antrag zu Freibadtickets zugunsten unserer Blaulichtorganisationen. Aus dem Versprechen, bis zur Badesaison 2023 sei dies geklärt erfolgte... nichts. Wir würden uns wünschen, dass dies für die diesjährige Saison nun endlich erfolgen kann. An Rückhalt im Gemeinderat und der Gesprächsbereitschaft der Kommandanten sollte es nicht scheitern.

Der uns vorliegende Haushalt hat gute Ansätze. Bereitstehende Gelder für Schulen und Kindergärten befürworten wir vollumfänglich. Jede Haushaltsposition, die den Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt zugutekommt ist für uns auch eine Investition in die Zukunft. Dennoch zeigen sich viele Stellen, an denen unserer Meinung nach, eine Nachbesserung schlicht unumgänglich ist. Ein Abwägen, welche Vorhaben wirklich sein müssen, ein Entscheiden, wo unsere Prioritäten liegen sollen und wohin es in den nächsten Jahren gehen soll, muss stattfinden. Schlicht: Es bedarf einer Vision für die Zukunft und keinem Weiter so wie in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Gerade aufgrund der aktuell auftretenden Mehrbelastungen sollte eine Nachverhandlung unserer genannten Punkte als Grundvoraussetzung gesehen werden.

Ja, dieser Haushalt könnte zukunftsweisend sein. Aber er ist es nicht. Einmal mehr verlieren wir uns in unzähligen kleinen Posten, anstatt die großen Punkte zu sehen und anzugehen. Heute wäre die Chance, die Richtung für die nächsten Jahre anzupassen und sich auf die Realität zu besinnen. Doch das ist so definitiv nicht möglich. Daher sehen wir als CDU-Fraktion uns gezwungen, den uns hier vorliegenden Haushalt zum Wohl unserer Stadt abzulehnen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Für die SPD-Fraktion spricht anschließend Stadtrat Schimpf:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

im Namen der SPD-Fraktion gebe ich heute das letzte Mal die Stellungnahme zum Haushalt ab, denn in diesem Jahr werde ich nach 49 Jahren aus dem Gremium ausscheiden. Zum ersten Mal wurde ich am 20. April 1975 gewählt und zwar auf Platz 22. Danach haben sich meine Wahlergebnisse verbessert. Die Vergangenheit möchte ich nicht verklären, wie es sich nahelegen könnte bei alten Männern. Es war nicht alles besser früher. Ein Beispiel: Als Nichtraucher hatte ich in der Anfangsphase im Gemeinderat sogar sehr gelitten, weil während der Sitzung noch ungebremst geraucht wurde. Mit Hilfe vom damaligen Stadtrat Weis, dem Ehemann unserer späteren Stifterin Hanna Weis, zeigte die Ratsmehrheit Einsicht und erklärte den Sitzungssaal zur rauchfreien Zone.

Bei unserer Stellungnahme ist auch dieses Jahr wieder der Hinweis auf die Ausgangssituation unsere Stadt notwendig. Die vierteilige städtische Struktur in landschaftlicher schöner Umgebung ist auch der Grund für unseren permanenten finanziellen Engpass. Es ist schon öfters erwähnt worden, wie viel einfacher es für Gemeinden in etwa gleicher Bevölkerungsgröße aber in kompakterer Ortsstruktur ist, eine kommunale Grundversorgung bereitzustellen.

Es ist für die SPD-Fraktion wichtig, darauf immer wieder hinzuweisen, nicht nur weil Neckargemünds Bevölkerung sich jährlich um etliche hundert Einwohner durch Zuzug und Wegzug verändert, sondern weil auch alteingesessene Bürgerinnen und Bürger das manchmal vergessen.

Die Finanzierung der städtischen Pflicht- und freiwilligen Leistungen war immer schon eine Sorge, die meine Zeit im Gemeinderat von Anfang an begleitet. Leichte Zeiten hat es nie gegeben, aber die Vorgaben des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts verschärfen noch einmal die Beschreibung der Lage. Der griechische Mythos des Sisyphus kommt uns in den Sinn, denn kaum haben wir es gemeinsam geschafft, einen dicken Brocken zu bewältigen und hoch zu stemmen, da rollt uns ein neuer Brocken entgegen und die mühsame Kraftanstrengung geht von neuem los.

Angesichts dieser Gesamtlage hat die SPD-Fraktion sich auch in diesem Jahr mit Wünschen und Änderungsanträgen zurückgehalten und nur zwei Anträge gestellt:

*1. Je 20 000 € für die Ortsteilentwicklung von Waldhilsbach, Mückenloch und Dilsberg
Da die Verwaltung für Waldhilsbach von sich aus in diesem Jahr schon einen Betrag von 20 T€ eingestellt hat, möchte die SPD-Fraktion auf die Beträge für Mückenloch und Dilsberg in diesem Haushalt verzichten. Wir wissen wohl, dass die Verwaltung nicht drei Dorfentwicklungspläne in einem Jahr stemmen kann, aber der neu gewählte Gemeinderat wird bei der HH-Beratung 2025 daran erinnert.*

2. 20 000 € als Grundstock für die Finanzierung eines Bürgerbusses

Im Zuge der Haushaltsberatung hat die SPD-Fraktion diesen Antrag modifiziert: Im laufenden Jahr möge die Verwaltung bei den Gemeinden, die schon Erfahrung mit einem Bürgerbus haben, die rechtlichen und praktischen Aspekte erkunden. Im Jahre 2025 könnte dann die Anschaffung des Busses erst haushaltsrelevant werden.

Wünsche hätten wir noch mehrere gehabt, aber wir sind uns der angespannten Finanzlage bewusst. Ebenso sind wir uns bewusst, dass wir das Personal der Verwaltung nicht mit immer neuen Aufgaben belasten können, um gleichzeitig zu kritisieren, wenn Aufträge nicht bearbeitet werden konnten.

Wichtig wäre auch zu beachten, dass das Kerngeschäft nicht zu sehr aus dem Gemeinderat in neue Gruppierungen und Gremien verlagert wird. Der von den GRÜNEN beantragte Sozialbeirat und die Stadtteilkonferenzen sind z.B. damit gemeint. Die Vorschläge eignen sich aber unseres Erachtens besser für ein Wahlprogramm zur Bürgermeister- oder Gemeinderatswahl und sollten nicht noch in den diesjährigen Haushalt hineingedrückt werden. Der Einfluss des Gemeinderats auf den sozialen Bereich ist vergleichsweise deutlich geringer als es beim Klimaschutzbeirat der Fall ist. Wir sollten deshalb unsere ganze Kraft zuerst darauf verwenden, dass die Anregungen des Klimabeirats möglichst zügig behandelt und umgesetzt werden.

Die Bedingungen für eine städtische Immobiliengesellschaft sind längerfristig vielleicht ins Auge zu fassen. Vor längerer Zeit gab es schon im Gemeinderat diese Überlegung. Sie wurde aber damals fallengelassen, weil in unserer Nachbarschaft eine kommunale Baugesellschaft gerade abgewickelt werden musste.

Aber die Frage nach Neckargemünds Beitrag zu bezahlbarem Wohnraum muss für den nächsten Gemeinderat mit oben auf der Agenda stehen. Mangels geeigneter eigener städtischer Grundstücke – von Herrenweg 17 einmal abgesehen – wird es keine leichte Aufgabe werden. Aber hoffentlich wächst auf Landes - wie auf Bundesebene die Einsicht, dass Gemeinden einer besonderen Förderung in diesem Bereich bedürfen.

Vielleicht bietet sich vorerst eine Kooperation mit einer größeren kommunalen Baugenossenschaft an.

Wir hoffen sehr, dass die Bundesförderung für Sportanlagen nicht von den Kürzungen betroffen ist, die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgelöst worden sind. Eine betriebswirtschaftliche und auch ökologische Aufbesserung des gesamten Schwimmbadareals wäre ein großes Plus für unsere Stadt. Denn das Terrassenbad ist ein touristisches Alleinstellungsmerkmal für Neckargemünd.

Solange die engen wasserrechtlichen Vorschriften eine für Normalverdiener bezahlbare Erschließung des seit mehreren Jahren unerledigten Bebauungsplanvorhaben Haager Feld in Mückenloch nicht geändert werden können, sollte die Stadt dieses Kapitel schließen, aber vorher der Bevölkerung deutlich erklären, warum über etliche Jahre kein Fortschritt erzielt werden konnte.

Der Bebauungsplan „Sandklinge“ in Waldhilsbach sollte so gestaltet werden, dass er für moderne flexible Bauformen offen ist.

Starkregenereignisse in allen drei Ortsteilen zeigen die Notwendigkeit auf, rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten bevor die nächsten Überschwemmungen zu verzeichnen sind.

Der Neubau eines Feuerwehrhauses in Dilsberg hat sich über Jahre verzögert und wird wohl erst nach der Bürgermeisterwahl neuen Schwung bekommen. Für eine Diskussion der Ausführungsart sind wir offen, haben aber große Zweifel, ob der vom Ortschaftsrat wieder in die Debatte geworfene Standort Tuchbleiche ernsthaft gemeint sein kann oder nur ein provokativer Versuch ist zur Belebung des Interesses an diesem notwendigen Projekt.

Der Fahrradunterstellturm mit dem wohlklingenden Titel „Radhaus am Rathaus“ wird von der SPD-Fraktion weiterhin als zu überdimensioniert und damit nicht zu Neckargemünd passend abgelehnt - auch wenn der Förderungsbescheid von 1 Million Euro vor ein paar Tagen im Rathaus eingegangen ist und in der nächsten Gemeinderatssitzung die endgültige Beschlussfassung auf der Tagesordnung stehen wird. An der Besichtigung eines „Radhauses“ am Heilbronner Bahnhof habe ich ja auch teilgenommen. Die mangelnde Auslastung ist ein Argument, aber die Anfälligkeit von Aufzugstechniken konnten wir am S-Bahnhof Altstadt wochenlang beobachten. Das ist ein weiteres Argument. Für bescheidenere Lösungen sind wir natürlich offen.

Es war für mich ein kleiner Schock, als wir bei der Einbringung des Haushalts durch den Bürgermeister im Dezember erfahren mussten, dass die Gebäudeleittechnik am Schulzentrum „am Ende seiner Lebensdauer angekommen“ ist. Dabei sind in meiner Erinnerung der Brand des Schulzentrums und der Neubau noch nicht in grauer Ferne gewesen.

Neben der finanziellen Seite der Erneuerung der Schützenhausbrücke wird die Gewährleistung der Einsatzbereitschaft unserer Hauptfeuerwehr sein, da Einsatzfahrzeuge weder durch die Eisenbahnunterführung am Friedhof noch durch die am Melacpass hindurchfahren können und eine jeweils hälftige Erneuerung der Brücke nicht einfache verkehrstechnische Probleme aufwerfen wird.

Es ist noch nicht lange her, dass der Gemeinderat den Ankauf eines Areals an der Mühlgasse mehrheitlich abgelehnt hat. Hintergrund der Entscheidung für die Ablehnung war u.a. die Befürchtung, dass die Stadt ein Gebäude erwerben würde mit noch nicht bezifferbarem Sanierungsbedarf.

Der Erwerb des Martin-Luther-Hauses wird noch in diesem Jahr zur Entscheidung anstehen - ein Objekt ebenfalls mit Sanierungsbedarf. Für mich persönlich gibt es aber keinen Zweifel, dass dieses Gebäude in zentraler Lage in öffentlicher Hand bleiben sollte.

Ein bei der Haushaltsberatung noch nicht vorhersehbarer Sisyphus – Brocken wird die Hangsicherung „Am Mühlwald“ in Dilsberg sein. Auch Nichtfachleute können sehen, dass tiefgegründete meterhohe Stützmauern zur Hangsicherung nicht nur viel Beton, sondern auch Unsummen verschlingen werden.

Die Beibehaltung des interfraktionellen Antrags zur „Optimierung und Analyse der Prozesse und Strukturen in der Verwaltung“ möchte die Fraktion weiterhin unterstützen. Der Einwand der Verwaltung, dass die Wahlen im 1. Halbjahr nur ein verfälschtes Bild der Organisation abgäben, ist zwar zu akzeptieren, aber mit einem neu zusammengesetzten Gemeinderat in der 2. Jahreshälfte wäre ein erneuter Blick auf Verwaltungsstruktur und –Verwaltungsabläufe doch empfehlenswert.

Am Anfang meiner Stellungnahme zum Haushalt habe ich einige rückwärtsgewandte Bemerkungen als Gemeinderat gemacht. Zum Abschluss möchte ich den Blick nach vorne richten und den nachfolgenden Gemeinderäten sowie der Stadt alles Gute wünschen und hoffen, dass in näherer oder etwas fernerer Zukunft die eine oder andere Wunschvorstellung keine Utopie bleibt, sondern zur Wirklichkeit wird.

Vielleicht ergibt sich für die Gemeinden irgendwann einmal ein neues Finanzierungssystem. Oder eine Landesregierung entlastet die Gemeinden wenigstens dadurch, dass stufenweise die Gebührenfreiheit der Kindergärten hergestellt wird. Das würde die städtischen Haushaltssorgen nicht gänzlich beseitigen, aber doch mehr Spielraum schaffen.

Ein Zukunftswunsch ist auch: Auf fast allen Dächern gibt es Solaranlagen. (In der Altstadt natürlich nicht-reflektierende!) Ein weiterer Wunsch: Um die Energiewende zu unterstützen, gründet sich eine Bürgerenergiegenossenschaft o.ä., in der möglichst viele Bürgerinnen und Bürger Anteile erwerben.

Fasziniert hat mich das Beispiel von Heidelberg: Die Stadtwerke Heidelberg wollten wichtige Umwelt -und Energieprojekte über eine Anlageform genannt „Heidelberg Klima –Invest“ mit Anteilen aus der Bürgerschaft finanzieren. In nur vier Tagen war die Anlage schon überzeichnet!!! Ein erfreuliches Vorbild?! Als erstes Projekt für dieses Bürgerengagement könnte ich mir eine PV-Anlage auf der ehemaligen Erdaushubdeponie in Mückenloch vorstellen. Etwas utopischer wäre z.B. eine Flusswärmepumpe am Neckar. Eine weitere Wunschvorstellung: Die Ortseinfahrt von HD aus wird so weit wie möglich wieder zur Allee - zur Verbesserung des Stadtklimas und zur Verbesserung der Akzeptanz einer 30er Zone dort. Ebenso wünschenswert: Große Busse fahren nicht mehr durch die Altstadt, sondern ein Ringverkehr kleiner selbstfahrender E-Busse zum und vom Bahnhof Neckargemünd ermöglicht eine neue Form der Mobilität und erhöht dabei den Aufenthaltswert der Altstadt. Die Kernstadt und jedes unserer Ortsteile entwickelt ein lebendiges Zentrum mit Begegnungsmöglichkeiten für Jung und Alt. So viel einmal zur Anregung von Kreativität und Phantasie.

Jetzt bleibt mir noch Dank an alle zu sagen, die sich um unsere Stadt bemühen:

Dem Bürgermeister und allen Mitgliedern der Stadtverwaltung und der städtischen Dienste, der Feuerwehr und den anderen „Blaulicht“-Institutionen wie Polizei, Rotes Kreuz und THW. Für die Erstellung des Haushalts gilt besonders dem Team um

unseren Kämmerer, Herrn Möhrle, unser Dank. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2024 mehrheitlich zu.“

Es folgt Stadtrat La Licata:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

kurzum: Ich stimme dem Haushaltsplan zu.

Bereits vorab beschlossen und von mir und der LINKEN ausdrücklich begrüßt, setzen wir die Arbeit an der Villa Menzer fort, was mir sehr am Herzen liegt. Wir haben ein zukunftsfähiges Konzept erarbeitet, von dem die ganze Stadt profitiert.

Wir arbeiten weiter an Erhalt und Ertüchtigung des Terrassenfreibads. Dabei werden kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen umgesetzt, die zu einem effizienteren Betrieb und letztlich zur energetischen Autarkie des Schwimmbads führen werden. Das ist nicht nur im Hinblick auf unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger ein großartiges Projekt, sondern auch im Sinne des Klimaschutzes begrüßenswert. Ich stehe zu 100% hinter dem Schwimmbad – auch wenn ich es selbst kaum nutze – und ich finde, die Arbeit hier ist ein Paradebeispiel für ein gelungenes Zusammenspiel zwischen den gewählten Organen der Gemeinde und der Verwaltung.

Auch ohne den traurigen Anlass ist es höchst sinnvoll, die Mittel für die Schulsozialarbeit zu erhöhen. Gerade unsere jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger leiden enorm unter den Krisen, die sich in den letzten Jahren häufen.

Ich stehe weiterhin hinter dem "Radhaus am Rathaus"-Projekt, für das wir Fördermittel erhalten können. Verkehrsplanung heißt Angebotsplanung. Wir müssen mit Blick auf die Zukunft arbeiten, nicht mit Blick auf die Gegenwart und die Vergangenheit. Ich hoffe, noch erleben zu können, dass wir die Bahnhofstraße wieder zur Allee mit Tempo 30 und durchgängigem Radweg machen – und dass die Züge wieder so gut fahren, dass der Individualverkehr mit dem PKW sich auf das allernötigste reduziert.

Zuletzt möchte ich mit Blick auf die kommenden Wahlen noch einmal betonen, dass ich mich weiterhin für den Dienst an Stadt und Bürgern zur Verfügung stelle – und dass ich mir Kontinuität im Rathaus wünsche. Wir haben für viele Probleme dieser Stadt immer wieder kreative Lösungen gefunden und schafften es trotzdem, die Verschuldung der Stadt zu senken. Entgegen mancher Behauptungen können wir stolz sein auf das, was wir in den letzten Jahren angesichts schwerer Umstände erreicht haben. Vielen Dank.“

Stadtrat Fritsch äußert sich wie folgt:

„Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

vorweg meine Anerkennung und mein Dank an Herrn Möhrle und seine Mitarbeiter für die sorgfältige Arbeit am Haushalt 2024. Die Steigerung der Personalkosten betrug von 2022 10,750.100 Mio. € und für 2024 ca. **12,2 Mio. €!** = ein **PLUS von 1,750.000 Mio. €!** **Was sind die Gründe dafür?** Was mich umtreibt als langjähriger Stadtrat ist: Ist die Finanzpolitik der Stadt solide und zukunftssicher? **Der vorgelegte Haushalt 2024 ist weder solide noch zukunftsorientiert. Er enthält zu wenig Impulse für die Wirtschaftsförderung. Deshalb werde ich den Haushalt ablehnen und mit NEIN stimmen.**“

Für den Ortsteil Waldhilsbach spricht die Ortsvorsteherin Lillianne Linier:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Möhrle, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie mir eine kurze Stellungnahme zum städtischen Haushalt 2024 aus Sicht der Ortsvorsteherin von Waldhilsbach. In meinen folgenden Ausführungen beziehe ich mich auf den investiven Bereich. Ich freue mich sehr darüber, dass in diesem Haushalt endlich wieder Wünsche des Ortschaftsrates aufgenommen wurden. In den letzten Jahren war dem nicht so.

Die Ausweisung eines kleinen Baugebietes ist ausdrücklicher Wunsch des Ortschaftsrates. Nur so kann man langfristig die geringe Infrastruktur, die noch vorhanden ist – hier denke ich vor allem an Kindergarten und Grundschule – erhalten und verhindern, dass Waldhilsbach zur Schlafsiedlung wird.

Für junge Familien sind sowohl Kindergarten als auch Grundschule entscheidende Faktoren, im Ort zu bleiben oder in den Ort zu ziehen. Es ist bekannt, dass viele jungen Familien abgewandert sind, weil sie keine Bauplätze gefunden haben. Wir haben im Rathaus auch immer wieder Nachfragen von jungen Familien, die gerne nach Waldhilsbach kämen, aber keinen Bauplatz finden. Leider können wir ihnen diesbezüglich nicht weiterhelfen. Umso erfreulicher ist es, dass in diesem HH eine Planungsrate von 50.000 € vorgesehen ist, mit denen Kostenkalkulation und Klärung der Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer in der Sandklinge ermittelt werden können.

Ganz oben auf der Wunschliste des Ortschaftsrates steht seit vielen Jahren Barrierefreiheit. Ein erster Schritt soll der Bau einer Rampe, die zum Schulhof führt, sein und dafür kämpfe ich seit Jahren hier in diesem Gremium und in der Verwaltung. Der Schulhof ist der Ort, wo viele Feste gefeiert werden und von wo man ins Sängerkeller, in dem allabendlich Veranstaltungen sind, in den Bürgerkeller, der in über 1.200 ehrenamtlich geleisteten Arbeitsstunden von Waldhilsbacher Bürgern aus einem ehemaligen Heizöltankraum hergerichtet wurde, und in die Schule gelangt. Mit einer Rampe hat man sogar eine barrierefreie Grundschule – das Kernzeitzimmer könnte im Bedarfsfall als Klassenzimmer genutzt werden, so wie schon früher, als wir noch viele Grundschul Kinder hatten und sogar eine Klasse teilen mussten. Wir haben derzeit zwei Kinder, die im Rollstuhl sitzen, aber eine Schule auswärts besuchen müssen, weil unsere Schule nicht barrierefrei ist.

Die Rampe ist angesichts der demographischen Entwicklung alles andere als Luxus oder Prestigeobjekt. Und wir müssen der älteren Bevölkerung, die ihr ganzes Arbeitsleben lang Steuern gezahlt hat und auch ihre Rente versteuert, eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, so wie es auch die vom Gesetzgeber vorgesehene Daseinsvorsorge vorsieht.

Ich freue mich deshalb sehr über den Ansatz von 60.000 Euro im HH-Entwurf und gehe davon aus, dass bei einem Bau der Rampe nach DIN diese mit 90 % bezuschusst wird.

Die Dorfentwicklung ist ebenfalls ein wichtiges Anliegen des Ortschaftsrates. Wir alle wissen, dass die Infrastruktur in den vergangenen Jahren stark rückläufig war – wir hatten früher eine Nahversorgung mit zwei Lebensmittelläden, einem Haushaltswarenladen, Metzger, Bäcker, zwei Banken, Post, Tankstelle usw. Geblieben von all dem ist ein Bäcker, der an fünf Werktagen lediglich noch halbtags geöffnet hat. Wir wünschen uns eine Weiterentwicklung des Ortes und seiner Möglichkeiten, dies auch im Hinblick auf Treffpunkte und brauchen diesbezüglich auch Impulse von

außen. Als erster Schritt kann die eingestellte Planungsrate von 20.000 € dienen. Das freut mich.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist der Rückbau und die Renaturierung des Löschteichs und der Engstelle des Bachlaufes in Höhe des Kindergartens. Das sind weder Luxus- noch Prestigeprojekte, sondern das sind bitter notwendige Maßnahmen. Die eingestellten 50.000 Euro werden nicht ausreichen, sind aber ein weiterer Schritt, Schlimmes zu verhindern. Wir alle wissen um den Zustand des Löschteichs und der Hochwasserschutz muss eine ganz hohe Priorität haben, damit Stadt und Ortsteil hier nicht von Versäumnissen eingeholt werden, die wir nicht mehr finanzieren können. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich kann nur für Waldhilsbach sprechen, denke aber, dass die anderen Ortsteile dies genauso sehen: Die Ortssteile schauen nicht neidisch auf die Kernstadt, wie Sie es auf dem Neujahrsempfang formuliert haben und wie es dann auch in der Presse nachzulesen war.

Ich versichere Ihnen: Wir gönnen der Kernstadt alles - wir möchten nur nicht im wahrsten Sinne des Wortes „abgehängt“ werden. Diesen Eindruck haben viele Bürgerinnen und Bürger Waldhilsbachs gewonnen. Stillstand ist Rückschritt und den gilt es zu verhindern. Wir verlangen keinerlei Luxusprojekte. Dieser HH-Entwurf ermöglicht dem Ortsteil eine bescheidene Weiterentwicklung und so muss es sein. Nur so können Kernstadt und Ortsteile zusammenwachsen – so wie es auch das Stadtleitbild vorsieht. Wie in den Jahren zuvor werde ich dem Haushalt zustimmen.

Ich hoffe sehr – und ich werde auch immer wieder nachfragen - dass es nicht bei den HH-Posten bleibt, sondern, dass diese auch umgesetzt werden, denn sonst ist der HH nur Makulatur.

Ich habe mich auf den investiven Bereich beschränkt. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass wir durchaus sehen, dass vieles im administrativen Bereich und in der Pflege auch für unseren und in unserem Ortsteil gemacht wird und dass wir dafür dankbar sind. Auf der ersten gemeinsamen Klausurtagung der drei Ortschaftsräte haben wir mit einer Positivrunde gestartet. Und alle drei Ortschaftsräte waren z.B. voll des Lobes dafür, was unsere Technischen Dienste leisten. Unsere Friedhöfe – sehr sensible Bereiche in unserem Kulturkreis – sind super gepflegt und auch der Bauhof tut, was er kann. Geben Sie bitte dieses Lob ausdrücklich den entsprechenden Mitarbeitern weiter.

Ich danke der Stadtkämmerei, hier vor allem Herrn Möhrle, aber auch allen Fachbereichsleitern und deren Mitarbeitern, die in irgendeiner Form am Erstellen des Haushalts beteiligt waren, ausdrücklich für Ihre Arbeit. So wie ich Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit danke.“

Es folgt die Stellungnahme von Ortsvorsteher Andreas Erles, Dilsberg:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Volk, sehr geehrte Mitglieder des Gremiums und der Verwaltung, sehr geehrte Besucher,

zur Haushaltsverabschiedung 2024 darf ich für die Belange des Ortsteils Dilsberg nachfolgende Anmerkungen anbringen. Leider war ich zu den Beratungen im Dezember und Januar nicht anwesend, sodass ich mich hier nur zu einigen, mir zugetragenen, Punkten äußern möchte. Hierzu bleibt auch im Vorfeld dem Gremium in Erinnerung zu rufen, dass ca. 30% aller Steuer- und Gebührenerträge im städtischen Haushalt durch die Ortsteile generiert werden. Der Aufwand für Maßnahmen in den

Ortsteilen liegt aber im kleinsten einstelligen Bereich. Weiterhin bleibt festzustellen, dass der zweite Teil des Schreibens des Dilsberger Ortschaftsrats als Anmerkungen bzw. Handlungsvorschläge zu sehen war. Zu keiner Zeit sollten diese darin angeführten Punkte als Antrag zu sehen sein. Umso schöner aber ist es, dass diese Anmerkungen aber dann doch zu großen Teilen, wenn auch nicht in der angemerkten Höhe, geflossen sind. Allerdings gibt es Punkte für die es kein Verständnis geben kann:

- 1. Der Antrag zur Verbesserung der Raumsituation in der Graf-von-Lauffen-Halle zur besseren Ausnutzung der Schulsportzeiten für kleines Geld wurde abgelehnt. Hier nehmen Sie den Kindern und Lehrern wertvolle Zeit die unnütz mit dem täglichen Ausräumen der Lagergaragen aufgebracht werden muss. Wirklich sehr unangepasst ist hier die Begründung oder der Hinweis aus der Verwaltung bzw. dem Gremium, man solle dort einfach mal aufräumen, dann wäre genug Platz. Sehr geehrte Hinweisgeber, diese Anmerkung war und ist völlig unpassend und unangebracht. Glauben Sie mir, in der Graf-von-Lauffen-Halle ist wirklich jeder Quadratzentimeter ordnungsgemäß ausgeplant und ordentlich aufgeräumt. Für mich ist daher Ihre Äußerung hierzu nicht nachvollziehbar, Sie haben die aktuelle Platzsituation ja überhaupt noch nicht gesehen. Und glauben Sie mir auch, ich bin ein wirtschaftlich denkender Mensch und überlege mir jede Ausgabe vorher gut und mehrfach. Von daher war und bin ich doch, auch persönlich, von dieser Äußerung enttäuscht.*
- 2. Das Thema des Feuerwehrhauses Dilsberg mit ausgelagerten Lagermöglichkeiten für die Feuerwehrabteilung Stadt wurde erneut nach hinten geschoben. Das Ergebnis des artenschutzrechtlichen Gutachtens und die darin gegebenen Hinweise waren schon vor Abschluss der diesjährigen Haushaltsberatungen bekannt bzw. allein schon der Eingang des Gutachtens hätte das weitere Vorgehen vorgegeben. Es wäre ohne Probleme möglich gewesen im Haushalt eine entsprechend ausreichende Planungsrate aufzunehmen um die Maßnahme dann in diesem Jahr anstoßen zu können. Anstelle wird nun wieder, wie jedes Jahr, eine Alibisumme aufgenommen um die Bevölkerung zu beruhigen. Sehr geehrtes Gremium bzw. Verwaltung, seien sie aber gewiss, dass der Dilsberger Ortschaftsrats sich diesem Thema intensiver annehmen wird um die möglichen Maßnahmen zum Baubeginn zu beschleunigen. Sie hätten hier dieses Jahr die Möglichkeit gehabt klar Position zu beziehen. Aber anscheinend sind Prestigeobjekte im Wahljahr wichtiger als die ordnungsgemäße und gesetzlich vorgegebene Unterbringung der Dilsberger Feuerwehr sowie der auszulagernden Materialien der Kernstadtabteilung.*
- 3. Anmerkungen zur notwendigen Mittelbereitstellung für den Unterhalt der Infrastruktur: Nicht erst in dieser Legislaturperiode wird nur ein geringer Wert auf den Erhalt der Infrastruktur gelegt. Die Infrastruktur ist völlig überaltert und birgt immer mehr negative Überraschungen. Die Entwicklung bei der notwendigen Straßensperrung Am Mühlwald ist erst der Anfang. In Neckargemünd schlummern viele Zeitbomben, die bei rechtzeitiger Bearbeitung mit geringen Mitteln erst gar nicht aufkommen würden. Es ist schade, wie sträflich das Gremium und die Verwaltung mit dem Erbe unserer Kinder und Enkel umgeht. An anderer Stelle werden wieder geförderte Projekte ins Auge gefasst bei denen klar ist, dass der Unterhalt und deren Kosten überhaupt nicht zu leisten sind.*

4. *Einsparvorschlag durch Schaffung einer unabhängigen Kommission zur Ermittlung der Vereins- und Festunterstützungen durch die technischen Dienste: Auch hier werden wir am Thema dranbleiben. Die Vorlage der ermittelten Zahlen sind mit maßgeblich Beteiligten aus allen tangierten Bereichen entstanden. Selbst wenn subjektiv die ein oder andere Zahl falsch erscheinen mag, sollte doch der Gemeinderat diese Auflistung global betrachten. Den hier ist doch der übermäßige Einsatz der Technischen Dienste gegenüber den Ortsteilveranstaltungen klar ersichtlich. Eine Begründung des Bürgermeisters hierzu, dass Neckargemünder Veranstaltungen auch Veranstaltungen für die Ortsteile sind, kann hier so in Gänze absolut nicht zugestimmt werden. Es gibt Veranstaltungen in den Ortsteilen die weitaus besser besucht sind wie die Pendants in der Kernstadt. Und, meiner Kenntnis nach ist in den Ortsteilen, im Gegensatz zu Veranstaltungen in Neckargemünd keine einzige Vereinsveranstaltung durch städtische Mittel finanziell unterstützt. Bitte lassen Sie uns auch hier eine einvernehmliche Lösung finden und uns doch einmal mehr an die vereinbarten Ziele des Stadtleitbilds 2018 erinnern. Vielen Dank.“*

Ortsvorsteher von Mückenloch Bergsträsser bedauert, dass er aus privaten Gründen in diesem Jahr nicht an den Haushaltsberatungen teilnehmen konnte. Er weist auf die Straßenschäden in Mückenloch, vor allem in der Parkstraße, hin. Im Gemeindehaus in der Lindenstraße 8-10 sei eine Wohnung nicht mehr bewohnbar, man möge doch die aktuell freie Wohnung sanieren und für andere Mieter, die man ausquartieren müsse, nutzen. Er werde sich bei der Abstimmung zum Haushalt 2024 enthalten.

Stadtrat Schmitz von den Grünen erläutert seine von der Fraktion abweichende Haltung wie folgt:

„Ich möchte mein von der Fraktion abweichendes Stimmverhalten zum Haushalt 2024 begründen: ich kann diesem Haushalt nicht zustimmen.

1. Es ist kein Konzept zu erkennen, wie die strukturelle Schieflage des Haushalts überwunden werden kann. Diese Schieflage führt dazu, dass die notwendige Unterhaltung unserer zahlreichen Immobilien weiterhin vernachlässigt wird, ein Umstand, den wir Grüne seit Jahrzehnten kritisieren. Zeig mir eine städtische Immobilie und du zeigst mir einen Sanierungsfall. Ich behaupte nicht, ein solches Konzept zu haben, aber die fortlaufende Vernachlässigung der lokalen Wirtschaft trägt jedenfalls nicht zur Lösung bei.

2. In dieser Situation dieselben Fehler wie beim Kauf der Griechischen Weinstube wieder zu begehen, indem man mit dem Martin-Luther-Haus einen weiteren Sanierungsfall erwirbt, halte ich für fahrlässig, zumindest so lange wie man gar kein Nutzungskonzept hat und keine Kostenberechnung für dieses. Kein Wirtschaftsunternehmen würde so vorgehen.

3. Wir haben zwar festgelegt, dass wir das Radhaus am Rathaus nur realisieren, wenn das Fördergeld kommt. Aber auch wenn wir das Fördergeld jetzt tatsächlich bekommen, wollte ich es in der angedachten Form nicht realisiert sehen. Her würde ich mir eine weniger störungsanfällige Technik wünschen.

4. Ein weiteres großes Investment – wenn nicht in diesem Jahr, dann in den Folgejahren – ist das Freibad. Natürlich bin ich für dessen Erhalt und für die Umstellung der Energieversorgung auf Solar und Wärmepumpe. Aber das

Edelstahlbecken vom Naturbad, das allein fast 1/3 der Kosten beträgt, halte ich für verzichtbar. Allerdings sind in dieser Angelegenheit noch keine Entscheidungen getroffen, zumal die Zuschüsse für dieses Unternehmen sehr unsicher sind. Auch wenn also viele meiner Kritikpunkte noch nicht sofort greifen, meine ich dennoch, dass der Haushalt falsche Prioritäten setzt und keine Zukunftsperspektiven weist. Ich werde mich deshalb der Stimme enthalten.“

Abschließend verweist der Bürgermeister darauf, dass man kein Unternehmen, sondern eine Kommune sei, die der Daseinsvorsorge ihrer Bürger verpflichtet sei.

3.3: **Beschluss:**

1. Haushaltssatzung der Stadt Neckargemünd für das Haushaltsjahr 2024

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 27.02.2024 mehrheitlich mit 15 Ja- bei sieben Neinstimmen und vier Enthaltungen die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen

EUR

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	41.484.600
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	- 46.254.500
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	- 4.769.900
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	- 4.769.900

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

EUR

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	40.884.600
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	- 42.652.900
2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	- 1.768.300
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	1.369.100
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	- 7.283.100

2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	- 5.914.000
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	- 7.682.300
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	4.000.000
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	- 465.300

2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	3.534.700
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	- 4.147.600

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 4.000.000 EUR

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 15.225.000 EUR.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 5.000.000 EUR.

Nachrichtlich:

Die nachfolgend aufgeführten Realsteuer-Hebesätze wurden in der Hebesatzung vom 10.05.2005, zuletzt geändert am 26.10.2021, festgesetzt und werden hier nur nachrichtlich wiedergegeben. Sie betragen

1. für die Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 320 v. H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 400 v. H.
der Steuermessbeträge;
2. für die Gewerbesteuer auf 360 v. H.

der Steuermessbeträge.

Neckargemünd, den 27.02.2024

Frank Volk, Bürgermeister

2. Der Gemeinderat beschließt die mittelfristige Finanzplanung wie im Haushaltsplan enthalten.

Herr Möhrle erklärt, dass man den Haushalt nun einreichen werde. Nach dem Vorgespräch, an dem der Bürgermeister und er teilgenommen hatten, werde man wohl deutliche Hinweise kassieren und in der Haushaltsstrukturkommission gefordert sein.

Der Bürgermeister bedankt sich abschließend bei Herrn Möhrle. Es sei eine Herkulesaufgabe gewesen.

4: Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

4.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 3 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

4.2: Beratung:

Es gab keine Wortmeldungen.

4.3: Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt einstimmig die in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

Es folgt eine Pause von 20.40 – 20.50 Uhr.

Vor Wiederaufnahme der Tagesordnung übergibt der Bürgermeister aufgrund von Befangenheit wegen seiner Kandidatur für den Kreistag die Sitzungsleitung an den 1. stellvertretenden Bürgermeister Rehberger und nimmt im Publikum Platz.

5: Kommunalwahlen 2024 - Bildung des Gemeindevwahlausschusses

5.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 4 (Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit) ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger übergibt das Wort direkt an Frau Polte.

Frau Polte informiert, dass man heute nicht über den Sachverhalt entscheiden solle, da im Beschlussvorschlag nur Verwaltungsmitarbeiter aufgeführt wurden. Es sei

sinnvoller, zunächst noch in den Fraktionen zu fragen, ob sich Personen, die nicht kandidierten, für den Wahlausschuss zur Verfügung stellen würden. Diese mögen der Verwaltung gemeldet werden und man könne dann in der kommenden Sitzung vom 19. März beschließen. Der Tagesordnungspunkt werde somit für heute zurückgezogen.

5.2: **Beratung:**

Es gab keine Wortmeldungen.

5.3: **Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt wird von der Verwaltung zurückgezogen und soll in der kommenden Sitzung vom 19. März beraten werden.

6: **Zustimmung des Gemeinderates zur Wahl in der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd Abt. Mückenloch**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 (Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit) ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden Feuerwehrkameraden aus Mückenloch und heißt sie herzlich willkommen.

6.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein spricht für die Fraktion der Grünen. Man werde dem Beschlussvorschlag sehr gerne zustimmen und gratuliere zur Wahl. Der Dank gelte aber auch allen Kameraden der gesamten Feuerwehr Abteilung Mückenloch, die jeden Tag zur Verfügung ständen.

Stadtrat La Licata gratuliert ebenfalls und bedankt sich.

Stadtrat Schimpf gratuliert und bedankt sich ebenfalls und erwähnt zusätzlich, mit einem Augenzwinkern, dass die Feuerwehr auch ausharren könne und nicht nach Erledigung des ersten Tagesordnungspunktes gehe.

Stadtrat Fritsch stellt fest, dass sich das Ehrenamt der Feuerwehr durch die E-Autos sehr geändert habe. Auch er gratuliert und bedankt sich.

Stadtrat Meyer wünscht den Kameraden alles Glück. Er wisse, was es bedeute, diese verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen: viel Arbeit, viel Engagement. Von Seiten der CDU wünsche man hierfür viel Glück.

Ortsvorsteher Bergsträsser sagt, dass er sich sehr bewusst sei, was er an „seiner“ Feuerwehr habe und hatte. Nun kämen Neue, die aber durchaus in die Fußstapfen der Ausgeschiedenen treten könnten.

Der Bürgermeister ergänzt, dass er froh sei, dass es eine gesamte Feuerwehr für Neckargemünd und die Stadtteile gäbe, die zusammenarbeitete und funktionierte, auch gemeinsam Übungen durchführten. Die Ortsteile würden bei Alarm ebenfalls informiert und man habe kein „Mein Feuer – dein Feuer“-Denken. Mit den Sachverhalten „Fluss, Tunnel, Wald, Internat, historische Altstadt“ habe man eine sehr fordernde Ausgangslage.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einstimmig den Wahlen der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd Abt. Mückenloch zu.

Abschließend überreicht der Bürgermeister die Ernennungsurkunden an den neuen Abteilungskommandanten Pierre Wallstab, den 1. stellvertretenden Abteilungskommandanten Marc Schäfer und den 2. stellvertretenden Abteilungskommandanten Max Horchheimer.

7: **Gemeindeverwaltungsverband - Vorberatung der Tagesordnung der Verbandsversammlung am 06.03.2024**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister bedankt sich bei Herrn Möhrle, der für Fragen zum Haushalt des GVV noch dageblieben war.

7.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser fragt wie es bei der Verbandsumlage 2023 zu der Gutschrift für die Gemeinde Bammental komme.

Herr Möhrle informiert, dass der Posten „Klimaschutz“ nur für Wiesenbach und Neckargemünd, nicht aber für Bammental (und Gaiberg) gelte und berücksichtigt werde.

Stadtrat Konrad weist darauf hin, dass man lange nicht mehr getagt habe, Sitzungen würden immer weniger. Man gebe als Vorsitzgemeinde doch den Ton an.

Der Bürgermeister sagt, dass der Bauhof und die interkommunale Zusammenarbeit ein großes Thema gewesen seien. Damals wurde das von den anderen Kommunen aber anders gesehen und jetzt sei der städtische Bauhof auch alleine gut aufgestellt. Nichts desto trotz sei er ein großer Freund interkommunaler Zusammenarbeit.

Stadtrat Rehberger meint, der Leidensdruck bei den anderen sei noch nicht groß genug, dass sie an interkommunale Zusammenarbeit dächten.

Stadtrat Fritsch fragt, ob er an der Sitzung am 06.03. teilnehmen dürfe.

Der Bürgermeister bestätigt, dass es sich um eine öffentliche Sitzung handle. Stadtrat Fritsch könne somit teilnehmen, allerdings ohne Wortmeldung.

Stadtrat Fritsch sagt, dann wünsche er, dass das Biotop behandelt werde.

Der Bürgermeister sagt, dass das Wasserrechtsamt für das Biotop zuständig sei und nicht der GVV.

Stadtrat Fritsch entgegnet, dass das Gelände aber städtisch sei.

Der Bürgermeister bekräftigt, dass man nicht zuständig sei.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 06.03.2024

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung	Ablehnung
1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2023 vom 06.03.2023	X	
2.	Feststellung der Jahresrechnung 2023	X	
3.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2024	X	
4.	Bericht Integrationsmanagement (Sachvortrag)		
5.	Mitteilungen und Anfragen		

8: **Mitteilungen und Anfragen**

8.1: **Minispielfeld Dilsberg**

Der Bürgermeister nimmt Stellung zur Berichterstattung der Presse während der letzten Tage. Das Minispielfeld sei grundsätzlich ein gutes Vorhaben gewesen, leider 2006 allerdings am falschen Platz errichtet. Im Ortschaftsrat in Dilsberg sei es zwischen 2009 - 2023 ein ständiges Thema gewesen. Gedacht für Schule und Vereine wurde es aber vor allem an den Wochenenden von Heranwachsenden von außerhalb als Treffpunkt genutzt. Der Gemeindevollzugsdienst sei mehr als oft dorthin gefahren, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Auch der Ortschaftsrat hatte letztendlich signalisiert, dass man das Problem nicht in den Griff bekomme. Der Rückbau sei somit alternativlos gewesen. Ersatz für das Minispielfeld wurde beim FC geschaffen, das fand leider in der Berichterstattung überhaupt keine Erwähnung. Das Geld dafür habe man in den Haushalt eingestellt gehabt.

Ortsvorsteher Erles ergänzt, dass der ursächliche Fehler von der früheren Verwaltung bei der Baugenehmigung gemacht wurde. Er habe heute alle diesbezüglichen Unterlagen dabei. Allerdings seien es nicht nur Auswärtige gewesen, sondern auch Dilsberger selbst, die dort für Unruhe gesorgt hätten. Es selbst habe vor Ort mehrmals gemäßregelt, sei auch in der Schule gewesen. Die Entscheidung sei unumgänglich gewesen. Eher ungünstig zum damaligen Zeitpunkt sei allerdings die Aussage des Bürgermeisters in einem Interview im März 2023 gewesen, dass das Minispielfeld geschlossen werde, wobei die Bemühungen zur Rettung noch gelaufen seien. Man habe jetzt in Dilsberg beim FC einen neuen Platz mit tollen Toren, allerdings gäbe es auch hierzu bereits Beschwerden, dass man jetzt schmutzig werde und weiter hinlaufen müsse. Zum Rückbau müsse man leider feststellen, dass die Dilsberger selber schuld seien. Mit dem neuen wunderschönen Spielfeld auf dem Sportplatz könne man aber sehr gut leben.

Der Bürgermeister sagt, dass er diesen Sachverhalt (=das neue Spielfeld beim FC) klarstellen und nicht neu diskutieren wollte. Es stimme eben nicht, dass „nichts“ mehr dort sei.

Stadträtin Oppelt findet, dass es besser gewesen wäre, zu diskutieren, ob es nicht in Neckargemünd oder den anderen Ortsteilen einen alternativen Standort für das Minispielfeld gegeben hätte.

Der Bürgermeister erklärt, dass man den Sachverhalt intern besprochen habe. Die andere Kommune, der das Minispielfeld jetzt geschenkt wurde, habe eben einen

Verein, der das Umsiedeln und Neuaufstellen inklusive der Vorarbeiten ehrenamtlich übernehme.

8.2: **Grundsteuerreform**

Stadträtin Groesser fragt nach dem Zeitplan für die neue Grundsteuer und dem Grundsatz der Aufkommensneutralität.

Der Bürgermeister entgegnet, dass ein Ministerpräsident von einer aufkommensneutralen Grundsteuerreform gesprochen habe. Dies stimme aber nicht, es sei eher eine Veräppelung der Bürger, denn in manchen Bereichen werde es billiger, in anderen teurer. Intern sei man am Sachverhalt dran.

Herr Möhrle bestätigt, dass die Bescheide nach und nach eingingen. Im Laufe des Jahres werde dies ein intensives Thema, dann auch in der Haushaltsstrukturkommission. Der Gemeinderat entscheide dann über die Hebesätze. Mit dem jetzigen Hebesatz werde es meistens teurer für den Bürger.

Stadträtin Groesser merkt an, dass man dann aber mit dem Hebesatz spielen könne.

Herr Möhrle sagt, dass man den Sachverhalt nach der Gemeinderatswahl auf die Tagesordnung bringen werde.

Der Bürgermeister ergänzt, dass noch Steuererklärungen fehlten, die man aber zum Berechnen brauche.

8.3: **Am Mühlwald / Rainbach**

Stadtrat Hornung fragt im Zusammenhang mit der Straßensperrung nach den Planungen bei Hochwasser. Die Unterlieger hätten dann keine Möglichkeit mit dem Auto wegzukommen. Zur Notlösung, dem Weg an der Lochmühle, möchte er wissen, ob es einen Vertrag zwischen dem privaten Besitzer und der Stadt gäbe. Auf Höhe des Pumphauses gäbe es Schäden an der Straße. Müsse die Stadt diese Instand setzen?

Der Bürgermeister informiert, dass nach Feststellung des Schadens „Am Mühlwald“ zunächst die Priorität 1 gewesen sei, sicherzustellen, dass keine Personen zu Schaden kämen. Man habe sofort handeln müssen. Die Oberlieger hätten Zugang. Beim Weg über die Lochwiese, den Privatweg, könne keine Verbreiterung hergestellt werden, daher müsse der Umweg durch den Wald gefahren werden. Nun sei man in der Vorbereitung, was bei Hochwasser sei.

Stadtrat Hornung sagt, dass er dort gewohnt habe und jedes Jahr gab es mindestens eine Situation, in der es jetzt schwierig werden würde.

Der Bürgermeister stellt fest, dass es in den vergangenen sieben Jahren dort kein Hochwasser gegeben habe. Fußläufig sollte man es hinbekommen, aber mit dem Auto werde es vermutlich schwierig. Sollte ein Hochwasser absehbar sein, müssten die Anlieger ihre Autos vermutlich anders parken.

Die anwesenden Feuerwehrkameraden bestätigen die Aussage, dass es in den vergangenen Jahren dort keine Hochwasser gegeben habe.

Stadtrat Hornung fragt nach der rechtlichen Lage.

Der Bürgermeister sagt, dass er dies ungern öffentlich besprechen wolle. Er werde schriftlich informieren.

Stadträtin Oppelt regt an, den unteren Weg zu schottern.

Der Bürgermeister sagt zu, dass der Weg befahrbar gemacht, vermutlich aber nicht geschottert, werde.

Stadträtin Oppelt fragt nach dem Gegenverkehr.

Der Bürgermeister informiert, dass eine Ampelanlage aufgestellt werde.

Ortsvorsteher Erles erklärt, dass der Sachverhalt mit den Anwohnern thematisiert wurde. Den „worst case“ = Hochwasser müsse man jetzt erstmal nicht so hochstellen. Man werde Lösungen finden.

8.4: **Grundsteuerreform**

Stadtrat Katzenstein kommt nochmal auf Punkt 8.2 zurück und verweist auf die Aussage von Frau Heute-Bluhm im Städtetag, dass „die Reform vor Ort aufkommensneutral umgesetzt werden kann“.

Der Bürgermeister verweist auf das Wörtchen „kann“ im Zitat. Dies sei keine Zusage.

8.5: **Feuerwehrhaus Dilsberg**

Stadtrat Bernauer erinnert an das o.g. Thema.

Der Bürgermeister sagt, dass es hier nächste Woche weitergehe.

8.6: **Ladestation in der Altstadt-Tiefgarage**

Stadtrat Schmitz teilt mit, dass ihm positiv aufgefallen sei, dass die alte, defekte Ladestation in der Altstadt-Tiefgarage mittlerweile abmontiert und eine neue, für zwei Fahrzeuge gleichzeitig nutzbar, installiert wurde.

8.7: **Stadtjugendring**

Stadträtin Schlüchtermann berichtet, dass in Gesprächen mit neuen Kandidaten für den Gemeinderat auch das Thema „Stadtjugendring“ aufgekommen sei. Was gäbe es diesbezüglich für Aktivitäten, auch zum Alten E-Werk?

Der Bürgermeister verweist auf Stadtrat Hertel.

Stadtrat Hertel informiert, dass es Lösungsansätze gäbe, auch Pläne, das Ganze auf andere Füße zu stellen.

Der Bürgermeister sagt, man unterstütze ein neues Nutzungskonzept.

Stadtrat Wachert findet, es hänge aber auch an den Jugendlichen.

Stadtrat Hertel bekräftigt, dass die Stadt alles tue zu unterstützen, das neue Nutzungskonzept sei in Arbeit.

8.8: **Anträge**

Stadtrat Bergsträsser erinnert an die beiden Anträge zur Einrichtung eines Arbeitskreises für den Bohrermarkt und, bereits aus dem Jahre 2019, zu einem Fahrdienst nach dem Schönbrunner Modell. Man wolle ernst genommen werden.

8.9: **Räumlichkeiten für Parteien und Vereine**

Außerdem regt Stadtrat Bergsträsser an, städtische Räumlichkeiten für Parteien und Vereine zu öffnen.

Der Bürgermeister sagt, das Martin-Luther-Haus sei ideal für Vereine.

Stadtrat Bergsträsser entgegnet, man möge die Diskussion, wo es Räumlichkeiten, auch in den Ortsteilen, gäbe, auf die Tagesordnung bringen.

Stadtrat Hertel gibt zu bedenken, dass die FREIRÄUME von Vereinen nicht genutzt werden konnten. Das gleiche werde folglich für das Martin-Luther-Haus gelten.

Der Bürgermeister meint, dass dafür der Gemeinderatsbeschluss geändert werden müsste.

Stadtrat Katzenstein stimmt dieser Aussage zu. Man müsse den Beschluss neu überdenken.

8.10: **Bürgerbus**

Stadtrat Katzenstein teilt mit, dass es beim Land eine Beratungsstelle, Ansprechpartner Dr. Martin Schiefelbusch, gäbe. Bei diesem könne sich die Verwaltung Infos holen, oder ihn zu einer Gemeinderatssitzung einladen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass er die Ortsvorsteher im Dezember gebeten habe, ihm mögliche Personen, die als Fahrer in Betracht kämen, zu melden.

Ortsvorsteherin Linier findet, dass man mit dieser Vorgehensweise Wünsche wecke, die man dann womöglich nicht erfüllen könne.

Der Bürgermeister sagt, dass man die Sache vorbereiten müsse.

Ortsvorsteher Bergsträsser meint, dass er es lieber anders herum aufgebaut hätte, zunächst das Drumherum geregelt und dann die Fahrer suchen.

Ortsvorsteherin Linier regt an, dass die Stadt eine Presseerklärung vorbereite.

Der Bürgermeister sagt, dass die Ortsvorsteher doch die Leute kennen würden und ansprechen könnten.

Stadtrat La Licata stellt den Geschäftsordnungsantrag, die öffentliche Sitzung zu beenden, da man keine Mitteilungen mehr behandle, sondern in Diskussionen einsteige. Dem Antrag wird bei drei Neinstimmen und vier Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Konrad

Die Schriftführerin

Stadtrat Meyer